

# ENGELBERT DOLFUSS



---

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Leben</b> .....	<b>S. 03</b>
<b>Selbstausschaltung des Parlaments</b> .....	<b>S. 05</b>
<b>Februarkämpfe</b> .....	<b>S. 06</b>
<b>Maiverfassung</b> .....	<b>S. 06</b>
<b>Vaterländische Front</b> .....	<b>S. 07</b>
<b>Juliputsch</b> .....	<b>S. 07</b>
<b>Gedenken</b> .....	<b>S. 07</b>



---

## IMPRESSUM

**Medieninhaber und Herausgeber:** K.Ö.St.V. Gothia zu Wien im MKV  
**Anschrift:** 1040 Wien, Fleischmannngasse 8/1  
**Internet:** [www.gothiawien.at](http://www.gothiawien.at)  
**e-mail:** [gothiawien@gmail.com](mailto:gothiawien@gmail.com)  
**Herstellung:** Eigenverlag  
**Erscheinungsjahr:** 2013

---

## ENGELBERT DOLLFUSS

Engelbert Dollfuß (1892 bis 1934) war ein österreichischer Politiker. Er fungierte von 1931 bis 1933 als Landwirtschaftsminister und von 1932 bis 1934 als Bundeskanzler. Dollfuß war Begründer des Ständestaats.

1932 auf demokratischem Weg ins Kanzleramt gelangt, nützte Dollfuß eine Geschäftsordnungskrise bei der Nationalratssitzung 1933 zu einem Staatsstreich und regierte per Notverordnung. Der katholischen Kirche nahestehend, lehnte er den Nationalsozialismus deutscher Prägung und die Sozialdemokratie ab. Beim letztlich erfolglosen Juliputsch österreichischer Nationalsozialisten wurde er 1934 im Bundeskanzleramt ermordet.

### Leben

Engelbert Dollfuß wurde am 4. Oktober 1892 in Texing (Niederösterreich) geboren als uneheliches Kind der Bauertochter Josepha Dollfuß. Er wuchs in Kirnberg bei seinem Ziehvater Leopold Schmutz auf.

Ein Stipendium ermöglichte ihm 1904 den Eintritt in das fürsterzbischöfliche Knabenseminar der Erzdiözese Wien in Oberhollabrunn. Er studierte am dortigen k. k. Staatsgymnasium. Dollfuß fiel schon damals durch seine Begeisterung für Rhetorik auf und legte 1913 die Reifeprüfung ab.

Für einige Monate trat er in das Wiener Priesterseminar ein und studierte Theologie, wechselte dann zum Studium der Rechtswissenschaften in Wien.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs meldete er sich 1914 als Freiwilliger zum Militärdienst. Wegen seiner Körpergröße – er war nur 1,51 m groß – wurde er von der Kommission in Wien abgelehnt, in St. Pölten aber für militärtauglich erklärt. Er meldete sich freiwillig zu den Tiroler Schützen und wurde Ende 1914 mit Auszeichnung aus der Brixener Offiziersschule ausgemustert.

Als Kommandant einer Maschinengewehrabteilung kämpfte er als Oberleutnant der Reserve an der italienischen Front. Dabei zeichnete er sich im Oktober 1916 durch die erfolgreiche Verteidigung des Schrimmlerjoches aus und erhielt insgesamt acht Tapferkeitsmedaillen. Nach Kriegsende setzte er 1918 in Wien sein Studium fort.

Seit seinen Studientagen war Dollfuß Mitglied der K.Ö.H.V. Franco-Bavaria Wien und der K.D.St.V. Germania Berlin, beide damals im Cartellverband (CV), und war 1919 Mitbegründer der Deutschen Studentenschaft.

Nachdem Adolf Hitler 1933 in Deutschland an die Macht gekommen war, wurden die deutschen CV-Verbindungen gleichgeschaltet. Die nun nationalsozialistisch dominierte Spitze des CV versuchte Dollfuß, der mittlerweile Bundeskanzler Österreichs geworden war, aus dem CV auszuschließen, was dazu führte, dass sich die Österreichischen CV-Verbindungen vom CV trennten und den ÖCV gründeten. Um zu zeigen, dass sie hinter Dollfuß standen, ernannten fast alle ÖCV-Verbindungen ihn zum Ehrenmitglied.

1919 bekam Dollfuß die Stelle eines Sekretärs beim Niederösterreichischen Bauernbund angeboten, und er wurde für einige Monate zum Studium nach Berlin geschickt. Dort lernte er Alwine Glienke kennen, die er zu Silvester 1921 in Kirnberg heiratete. Dieser Ehe entstammten zwei Töchter und ein Sohn. 1922 schloss er sein Studium in Wien mit der Promotion zum Doktor ab.

Er begann die österreichische Landwirtschaft zu reformieren, wirkte bei der Errichtung der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer mit, wurde im Juni 1922 deren Sekretär und 1927 Direktor. Er betrieb die Errichtung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die auch nach 1934 im Ständestaat gefördert wurden. Gegen den Widerstand der Christlichsozialen Partei führte er die Sozialversicherung für Bauern und die obligatorische Arbeitslosenunterstützung für landwirtschaftliche Lohnarbeiter ein. Als anerkannter Agrarexperte nahm er ab 1927 an internationalen Kongressen teil und hielt Gastvorlesungen. Am 1. Oktober 1930 wurde er zusätzlich zum Präsidenten der Österreichischen Bundesbahn gewählt, die durch Korruptionsaffären erschüttert war, und konnte auch diesen Betrieb reformieren.

Seit 1929 konnten sich die Regierungen in Österreich jeweils nur wenige Monate halten. Bei der Nationalratswahl am 9. November 1930 verlor die Christlichsoziale Partei ihre relative Mehrheit im Parlament, was Regierungsbildungen noch schwieriger machte: Die Sozialdemokraten verfügten nun über die relative Mehrheit von 72 Mandaten, vor der Christlich-sozialen Partei mit 66 Mandaten, von insgesamt 165. Am 18. März 1931 wurde Dollfuß in der Regierung von Otto Ender die Stelle eines Ministers für Land- und Forstwirtschaft angeboten. Ab 20. Juni 1931 gehörte er der christlich-sozialen Regierung Buresch als Landwirtschaftsminister an. Um die Agrarproduktion zu erhöhen, wurden Schutzzölle und Subventionen für Lebensmittelexporte beschlossen.

Bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 in Wien, Niederösterreich und Salzburg gewannen die Nationalsozialisten deutlich an Stimmen; Großdeutsche, Landbund und Heimatblock erreichten keine Mandate mehr. Am 28. April 1932 stellten die Sozialdemokraten einen Antrag auf Auflösung des Nationalrats, was Neuwahlen bedeutet hätte. Dem kam die Regierung Buresch durch einen Rücktritt zuvor.

---

Am 10. Mai 1932 wurde Dollfuß als Bundeskanzler mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Er bot den Sozialdemokraten eine Zusammenarbeit an, diese forderten aber Neuwahlen. Auch die Großdeutschen lehnten eine Koalition ab. Um Neuwahlen zu verhindern, bildete Dollfuß am 20. Mai 1932 mit dem Landbund und dem Heimatblock eine Koalition, die über 83 von 165 Stimmen im Parlament verfügte. Dollfuß übernahm das Außenministerium und das Landwirtschaftsministerium. Der Heimatblock erhielt als politischer Arm der Heimwehr drei Ministerposten, obwohl er nur über acht Parlamentssitze verfügte.

Das hohe Budgetdefizit wurde durch die Staatshaftung für die in eine schwere Krise geratene „Creditanstalt für Handel und Gewerbe“ noch vergrößert. Am 15. Juli konnte Dollfuß in Lausanne eine Völkerbund-Anleihe von 300 Millionen Schilling erhalten, die mit einem 20-jährigen Verbot des Anschlusses an Deutschland verknüpft war. Sozialdemokraten und Großdeutsche stimmten im Parlament gegen diesen Vertrag und legten im Bundesrat ein aufschiebendes Veto ein. Schließlich wurde das Gesetz am 30. August 1932 mit 82 gegen 80 Stimmen beschlossen. Andererseits erwirkten die Sozialdemokraten bei den französischen Sozialisten eine Zustimmung Frankreichs zu dieser Anleihe. Bereits im Oktober umging Dollfuß das Parlament mit dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1917, um die Creditanstalt zu sanieren.

Als der Heimatblock mit dem Austritt aus der Koalition drohte und einen zusätzlichen Regierungsposten forderte, machte Dollfuß den Großdeutschen ein neuerliches Koalitionsangebot. Da es wieder abgelehnt wurde, bestellte er Emil Fey, den Landesführer der Wiener Heimwehr, am 17. Oktober zum Staatssekretär für Sicherheitswesen. Fey verbot alle Versammlungen und Aufmärsche der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten. Bei der Parlamentsdebatte zu diesem Thema beschimpften einander Dollfuß und Otto Bauer als Bolschewik bzw. Verräter.

Der am 1. März 1933 begonnene Eisenbahnerstreik war Anlass für eine dringliche Sitzung des Nationalrates am 4. März. Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung und eine Geschäftsordnungsdebatte führten zum Rücktritt der drei Parlamentspräsidenten und zu einer Beschlussunfähigkeit des Parlaments. Bei einer Bauernkundgebung in Villach meinte Dollfuß, „das Parlament habe sich selbst unmöglich gemacht“. Dollfuß bot dem christlich-sozialen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas seinen Rücktritt an, wurde aber mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte beauftragt. In einem Aufruf an das österreichische Volk am 7. März 1933 verkündete er: „Es gibt keine Staatskrise!“, führte die Pressezensur ein und verbot Aufmärsche und Versammlungen. Wieder stützte er sich dabei auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz.

Der Versuch der Opposition und des dritten Nationalratspräsidenten Sepp Straffner, die Parlamentssitzung am 15. März fortzusetzen und ordnungsgemäß zu schließen, wurde von der Polizei mit Waffengewalt verhindert. Ebenso schaltete die Regierung Dollfuß am 23. Mai 1933 durch Verhinderung des vollständigen Zusammentritts den Verfassungsgerichtshof aus. Somit beendete Dollfuß durch Ausschaltung der Legislative und der Judikative die zuvor verfassungsrechtlich geltende demokratische Gewaltentrennung.

Zunächst gaben die Christlich-sozialen an, nur für einige Zeit autoritär regieren und in Verhandlungen mit der Opposition eine Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates und eine Reform der Verfassung erreichen zu wollen. Ernsthafte Gespräche darüber fanden jedoch nie statt. Die Dollfuß-Regierung löste am 31. März den Republikanischen Schutzbund und am 26. Mai die Kommunistische Partei Österreichs durch Verordnungen auf.

Nachdem Adolf Hitler am 30. Jänner 1933 deutscher Reichskanzler geworden war, verstärkte die Nationalsozialistische Partei (NSDAP) in Österreich ihre Aktivitäten und verlangte eine Beteiligung an der Regierung. Im Mai 1933 gab es darüber Verhandlungen, die aber scheiterten, weil Dollfuß die geforderten Neuwahlen weiterhin nicht durchführen wollte. Die NSDAP antwortete mit Terroranschlägen, am 19. Juni wurde daher diese Partei ebenfalls verboten. Deren Führung zog sich nach Bayern zurück, Anhänger der Nationalsozialisten beschmierten öffentliche Gebäude mit Nazi-Parolen, verspotteten Dollfuß als „Millimetternich“ und führten weitere Anschläge durch.

Dollfuß suchte am 13. April 1933 und im Juni in Rom sowie am 19./20. August in Riccione bei Benito Mussolini Unterstützung gegen Deutschland. Bei diesen Gesprächen verlangte Mussolini immer deutlicher eine Beseitigung des Parteienstaates. Dollfuß zögerte zuerst, verkündete aber am 11. September 1933 im Rahmen des Deutschen Katholikentages auf dem Trabrennplatz in Wien als Ziel die Errichtung eines „sozialen, christlichen, deutschen Staates Österreich auf ständischer Grundlage und starker autoritärer Führung“. Da sich Dollfuß beim geplanten Ständestaat auf Papst Pius XI. und dessen Sozialzyklika „Quadragesimo anno“ berief, wurde er von der katholischen Kirche unterstützt.

Bei einer Regierungsumbildung am 20. September mussten die Kritiker des autoritären Kurses Carl Vaugoin und Franz Winkler die Regierung verlassen, und der Heimwehrführer Emil Fey wurde Vizekanzler. Ernst Rüdiger Starhemberg löste den Heimatblock auf und trat mit der Heimwehr in die Vaterländische Front ein. Diese Einheitspartei war bereits am 20. Mai als politische Organisation „aller Österreicher, die vaterländisch denken, empfinden und handeln“, gegründet worden.

---

Dollfuß schränkte die Macht der Sozialdemokraten schrittweise ein. Diese drohten zwar mit gewaltsamem Widerstand, fürchteten aber einen Bürgerkrieg und eine vollständige Zerschlagung und verzichteten daher auf Streiks. Es gab bis zum Februar 1934 mehrmals Verhandlungen der Dollfuß-Regierung mit den Sozialdemokraten. Karl Renner bot im Oktober 1933 eine Anerkennung der berufsständischen Verfassung an, forderte dafür aber eine Einberufung des Parlaments. Dollfuß hingegen wollte die Gewerkschaften dazu bewegen, in die Vaterländische Front einzutreten. Diese Verhandlungen scheiterten oft knapp vor einer Einigung.

Die Heimwehren, deren Ziel eine Niederschlagung des von ihnen so genannten „Austro-Bolschewismus“ war, und vor allem Emil Fey riefen immer lautstärker nach einem radikaleren Vorgehen gegen die Sozialdemokraten und nach der Ablösung der Landesregierungen durch Regierungskommissäre.

Es wurde gezielt nach Waffenlagern des verbotenen Republikanischen Schutzbundes gesucht, Anfang Februar wurden deren Führer verhaftet und Hausdurchsuchungen bei sozialdemokratischen Politikern durchgeführt. Als am 12. Februar 1934 ein Linzer Parteihaus der Sozialdemokraten von der Polizei durchsucht werden sollte, kam es zum bewaffneten Widerstand und bis zum 15. Februar zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Bundesheer und Heimwehr auf der einen und dem Republikanischen Schutzbund auf der anderen Seite. Heimwehr und Bundesheer konnten die Kämpfe militärisch für sich entscheiden.

In weiterer Folge wurde die sozialdemokratische Partei verboten. Die Führer des Republikanischen Schutzbundes wurden verhaftet und einige auch hingerichtet. Führer der Sozialdemokraten wie Otto Bauer oder Julius Deutsch flohen in die Tschechoslowakei.

Am 17. März 1934 unterzeichneten Dollfuß, der ungarische Ministerpräsident Gyula Gömbös und Mussolini in Rom die „Römischen Protokolle“, mit denen sich Österreich noch stärker an Ungarn und an das faschistische Italien band. Am 27. April wurde das Parlament ohne die Abgeordneten der verbotenen österreichischen SDAP (Sozialistische Deutsche Arbeiter Partei) nochmals einberufen. Es genehmigte die bisher erlassenen 461 Notverordnungen und beschloss eine neue Verfassung, die am 1. Mai 1934 (sogenannte „Maiverfassung“) in Kraft trat.

Bereits am 3. Oktober 1933 wurde Dollfuß bei einem Attentat der Nationalsozialisten leicht verletzt. Ein von längerer Hand vorbereiteter Putschversuch fand am 25. Juli 1934 statt. Die Putschisten konnten die Rundfunkstation und das Bundeskanzleramt besetzen. Dollfuß wurde von Otto Planetta zweimal angeschossen und verblutete, weil man ihm ärztliche Hilfe verweigerte. Die Untersuchung seiner Leiche erfolgte durch den Gerichtsmediziner Professor Anton Werkgartner. Der Juliputsch war erfolglos, weil die übrigen Regierungsmitglieder aus dem Bundeskanzleramt fliehen konnten und das Bundesheer loyal blieb. Planetta wurde standrechtlich exekutiert und in der NS-Zeit als Märtyrer bezeichnet.

### **Selbstausschaltung des Parlaments**

„Selbstausschaltung des Parlaments“ ist die vom österreichischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß geprägte Bezeichnung für die am 4. März 1933 eingetretene Vorsitzlosigkeit des österreichischen Nationalrates. Nach überwiegender Ansicht von Verfassungsjuristen handelte es sich um eine Geschäftsordnungskrise, die einvernehmlich beizulegen gewesen wäre.

Dieser Lösungsansatz wurde jedoch am 15. März 1933 von Dollfuß unter Einsatz der Exekutive unterbunden, die Abgeordneten konnten nicht zusammentreten. In der Folge verbot die christlich-soziale Bundesregierung (ab 20. Mai 1933 Vaterländische Front) sukzessive die anderen Parteien und errichtete den Ständestaat.

Am 4. März standen im Parlament drei Anträge der einzelnen Parteien zu einem Streik der Eisenbahner auf der Tagesordnung. Im Zuge der Abstimmungen darüber und im Rahmen einer Debatte über die Geschäftsordnung traten alle drei Nationalratspräsidenten von ihrem Amt zurück.

Nach den Rücktritten der drei Nationalratspräsidenten konnte die Sitzung nicht mehr ordnungsgemäß beendet werden, wodurch eine Situation entstand, die die österreichische Bundesverfassung und die Geschäftsordnung des Nationalrats nicht vorgesehen hatten. Das Parlament war beschlussunfähig und ging auseinander.

Für Dollfuß waren die Ereignisse des 4. März 1933 unerwartete Hilfe in seinen Absichten. Er sprach sofort davon, das (ohnehin ständig zerstrittene und daher zu konstruktiver Arbeit unfähige) Parlament habe sich selbst ausgeschaltet. Der Staat sei aber deswegen keineswegs in einer Notsituation, da die Regierung handlungsfähig sei. Dollfuß wollte nun auf Grund des zuvor bereits erprobten „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes (KWEG)“ aus dem Jahr 1917 regieren; eines Gesetzes, das zum schnellen Erlass von Wirtschaftsvorschriften im Ersten Weltkrieg dienen sollte.

Der Versuch der Opposition, die am 4. März unterbrochene Sitzung am 15. März 1933 fortzusetzen und ordnungsgemäß zu schließen, wurde von der Polizei im Auftrag der Regierung unter Androhung des Waffengebrauchs verhindert.

---

Nach den Februarkämpfen 1934 erließ die Regierung mittels des KWEG eine autoritäre, ständestaatliche Verfassung. Um diese auch im Parlament beschließen zu können, wurde mit einer weiteren KWEG-Verordnung die Geschäftsordnung des Nationalrates geändert, womit es dem zurückgetretenen zweiten christlich-sozialen Präsidenten ermöglicht wurde, die Sitzung am 30. April 1934 weiterzuführen, die am 4. März 1933 formal nicht beendet worden war.

Am 30. April versammelte sich nur mehr ein „Rumpfparlament“, denn die Mandate der sozialdemokratischen Abgeordneten waren auf Grund des Parteiverbots vom 12. Februar 1934 für erloschen erklärt worden. Ein Großteil der großdeutschen Abgeordneten boykottierte die Sitzung als verfassungswidrig. Gegen das Vorgehen der christlich-sozialen Abgeordneten protestierten zwei verbliebene großdeutsche Abgeordnete.

Gegen zwei Stimmen wurde am 30. April 1934 die „Verfassung des Bundesstaates Österreich“ vom 1. Mai 1934 beschlossen und die Sitzung vom 4. März 1933 beendet (womit der Nationalrat zu bestehen aufhörte).

## **Februarkämpfe**

Als Februarkämpfe werden bewaffnete Kämpfe bezeichnet, die sich vom 12. bis 15. Februar 1934 ereigneten und zu mehreren Toten in österreichischen Industrieorten führten.

Gegenüber standen sich in diesen Auseinandersetzungen die ihre Entwaffnung fürchtende Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) bzw. deren Republikanischer Schutzbund auf der einen Seite und die den Ständestaat anstrebende Regierung Dollfuß mit ihrer Exekutive (Bundesheer, Polizei, Gendarmerie) und mit der Heimwehr auf der anderen Seite.

Auslöser für diese Ereignisse war der gewaltsame Widerstand des oberösterreichischen Schutzbundführers Richard Bernaschek und seiner Mitkämpfer gegen die Räumung des Waffenlagers des von Dollfuß verbotenen Republikanischen Schutzbundes im Linzer „Hotel Schiff“.

Der Aufstand griff auf größere Teile des Landes über. Vor allem in Wien und anderen Industriestädten (etwa Steyr, St. Pölten, Kapfenberg) wurde einige Tage lang heftig gekämpft.

In weiten Teilen des Landes (Niederösterreich, Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Burgenland) herrschte dagegen vollständige Ruhe. Führende Sozialdemokraten in Kärnten und Vorarlberg distanzieren sich von vornherein von dem Aufstandsversuch.

Es wäre also falsch, ein Bild zu zeichnen, nach dem ganz Österreich, oder auch nur die Bundeshauptstadt Wien, sich in völliger Aufruhr befunden hätte. In den Tageszeitungen der damaligen Tage finden sich nur kleinere Berichte über diese Revolte.

Polizei, Bundesheer und die sie unterstützenden Heimwehrabteilungen konnten schließlich den schlecht vernetzten, verzweifelt kämpfenden Schutzbund relativ leicht besiegen. Der wohl wichtigste Grund dafür war die Nichtbefolgung des Aufrufs zum Generalstreik. Ebenso blieb die erhoffte Solidarisierung der Exekutive mit den Aufständischen aus - Bundesheer, Polizei und Gendarmerie verhielten sich loyal zum Staat.

## **Maiverfassung**

Als „Maiverfassung 1934“ wird die Verfassung des österreichischen Ständestaats bezeichnet, die am 1. Mai 1934 in Kraft trat und durch den Anschluss an Deutschland 1938 aufgehoben wurde.

Nach der Selbstausschaltung des Parlaments erschien die Verfassung von 1920 in der Fassung von 1929 als obsolet. Deshalb arbeitete man unter dem Vorsitz von Otto Ender eine neue Verfassung aus. Diese wurde schließlich gleich zweimal erlassen: einerseits durch eine Verordnung der Bundesregierung nach dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz; andererseits durch einen Beschluss des Rumpf-Nationalrats am 30. April 1934.

Kundgemacht wurde die Verfassung im „Bundesgesetzblatt für den Bundesstaat Österreich Nr. 1/1934. Sie gliedert sich in 13 Hauptstücke, 182 Artikel und eine Präambel, die wegen ihres programmatischen Inhalts von Bedeutung ist: „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.“

Die Maiverfassung 1934 war bis zum Aufgehen Österreichs im Deutschen Reich 1938 zu keiner Zeit voll in praktischer Geltung. Es blieb weitestgehend dabei, dass die Bundesregierung mit Verordnungen regierte.

Die 1932 begonnene zweite Amtsperiode des Bundespräsidenten Wilhelm Miklas wäre nach dem Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung 1929 im Jahr 1936 zu Ende gegangen; es fand aber keine Bundespräsidentenwahl nach den Regeln der neuen Verfassung statt. Auch das Anschlussgesetz vom 13. März 1938 wurde keinem der nach der Maiverfassung vorgesehenen Legislativorgane vorgelegt, sondern als Verordnung der Bundesregierung beschlossen.

---

## Vaterländische Front

Die „Vaterländische Front“ (VF) wurde am 20. Mai 1933 von der österreichischen Bundesregierung unter Führung von Engelbert Dollfuß gegründet. Im Selbstverständnis seiner Protagonisten war der Verband „berufen, der Träger des österreichischen Staatsgedankens zu sein“ und sollte „die politische Zusammenfassung aller Staatsangehörigen, die auf dem Boden eines selbständigen, christlichen, deutschen, berufsständisch gegliederten Bundesstaates Österreich stehen“ bilden.

Die Vaterländische Front wurde unter Dollfuß' Führung als Nachfolgeorganisation der Christlich-sozialen Partei gegründet, nunmehr mit dem Anspruch alle Österreicher zu vertreten und das politische System zu erneuern. Das Ziel war, wie bereits zuvor vom früheren Bundeskanzler Ignaz Seipel auf Grundlage der christlichen Soziallehre, insbesondere der Enzyklika „Rerum Novarum“ (1891) und der Bulle „Quadragesimo anno“ (1931), angestrebt, die Errichtung eines Ständestaates.

Dollfuß blieb bis zu seiner Ermordung während des Juliputsches, eines Umsturzversuches der Nationalsozialisten, bis zum 25. Juli 1934 Führer der Vaterländischen Front. Ihm folgte vom 29. August 1934 bis 14. März 1936 Ernst Rüdiger Starhemberg. Starhemberg wurde am 14. März 1936 von Kurt Schuschnigg als Führer der Vaterländischen Front und Bundeskanzler abgelöst.

Mit dem im Mai 1936 erlassenen Frontgesetz wurde die Vaterländische Front zu einzigen legalen politischen Partei und Körperschaft des öffentlichen Rechts in Österreich erklärt. Symbol der Vaterländischen Front war das Kruckenkreuz, für Schüler das Abzeichen „Seid einig“, der Gruß der Vaterländischen Front war „Front heil!“. Alle öffentlich Bediensteten waren zur Mitgliedschaft verpflichtet.

## Juliputsch

Der Juliputsch war ein gescheiterter nationalsozialistischer Umsturzversuch in Österreich. Er begann am 25. Juli 1934 mit dem Überfall von als Soldaten des Bundesheeres und Polizisten verkleideten SS-Männern auf das Bundeskanzleramt in Wien. Gleichzeitig drang eine andere Gruppe von Putschisten in die Wiener Senderäume der RAVAG ein und erzwang die Sendung der Falschmeldung, dass Bundeskanzler Engelbert Dollfuß die Regierungsgeschäfte an den ehemaligen steirischen Landeshauptmann Anton Rintelen übergeben habe. Diese Nachricht war das vereinbarte Signal, auf das hin Nationalsozialisten in ganz Österreich mit einer „Erhebung“ beginnen sollten. Tatsächlich aber erfolgte diese erst mit einiger Verzögerung und auch nur in Teilen Österreichs. Vor allem in der Steiermark und Kärnten sowie Teilen Oberösterreichs und Salzburgs kam es in den folgenden Tagen zu teils heftigen Gefechten zwischen den Nationalsozialisten und den Streitkräften der Bundesregierung, zu denen neben dem Bundesheer, die Polizei, die Gendarmerie, das Freiwillige Schutzkorps und selbstständig operierende Einheiten regierungstreuer Wehrverbände, namentlich der Heimwehr, zählten. In den übrigen Bundesländern blieb es hingegen weitgehend ruhig.

Der Putsch, an dem sich auch einige Kampftruppen der im Deutschen Reich stationierten „Österreichischen Legion“ beteiligt hatten, wurde schließlich bis zum 30. Juli niedergeschlagen. Mehr als 200 Menschen waren im Zuge der Kampfhandlungen getötet worden, darunter auch Bundeskanzler Dollfuß als prominentestes Opfer.

Nach der Niederschlagung des Juliputsches wurden rund 4000 Nationalsozialisten von den am 26. Juli eigens zu diesem Zweck geschaffenen Militärgerichten abgeurteilt oder sofort in „Anhaltelager“ eingewiesen, 13 Putschisten wurden hingerichtet. Viele andere hatten sich ihrer Verhaftung und Verurteilung durch die Flucht ins Deutsche Reich oder nach Jugoslawien entzogen.

## Gedenken

Dollfuß wird von Zeitgenossen als ehrgeizig, leicht erregbar und zielstrebig beschrieben, er war von einem hohen Sendungsbewusstsein erfüllt. Persönlich lebte er bescheiden und war sehr freigiebig. Allerdings fiel es ihm schwer, sich von unfähigen oder nicht loyalen Mitarbeitern – wie Emil Fey – rechtzeitig zu trennen.

Seine Leistungen als Agrarfachmann sind unbestritten. Mit den Landwirtschaftskammern und den Genossenschaften schuf er Organisationen, die bis heute existieren.

Die Beurteilung seines Regimes hingegen schwankt heute noch sehr stark. Dollfuß wird aber vorrangig wegen seines Widerstandes gegen den Nationalsozialismus als „Heldenzkanzler“ und „Märtyrer“ gesehen. Seine sozialistischen Gegner bezeichnen ihn dagegen als „Arbeitermörder“ und „Faschisten“. Vor allem das konservative Lager rund um die Österreichische Volkspartei hält sein Gedenken nach wie vor – trotz mancher linker Proteste – hoch. So hängt in den Räumen des ÖVP-Parlamentsklubs nach wie vor ein Porträt Dollfuß'. Sie veranstaltete auch im Juli 2004 einen Gedenkgottesdienst anlässlich des 70. Todestages von Engelbert Dollfuß veranstaltete.

---

Otto von Habsburg-Lothringen sagte bei einer Rede über Österreich auf Einladung des ÖVP-Parlamentsklubs im März 2008 über Dollfuß: „Es gibt kein anderes Land in Europa, das einen Kanzler gehabt hat, der in der Schlacht gegen Hitler gefallen ist. Darauf sollten wir auch stolz sein.“

Im Altarbereich der Prandtauerkirche im Bistum St. Pölten ist Dollfuß in einem Wandgemälde in deren Altarbereich dargestellt.

Der Autor Rudolf Henz verfasste im Auftrag von Dollfuß' Nachfolger Kurt Schuschnigg für die uniformierte Staatsjugend das Lied „Ihr Jungen, schließt die Reihen gut!“, allgemein als „Dollfußlied“ bezeichnet. Die Melodie von Alois Dostal. Das Lied sollte gegen das Horst-Wessel-Lied der Nationalsozialisten eingesetzt werden. Es wurde 1936–1938 unmittelbar nach der (wie das Deutschlandlied) zur Haydn-Melodie gesungenen Bundeshymne „Sei gesegnet ohne Ende“ vorgetragen.

Das Grab Dollfuß' befindet sich seit 1938 auf dem Hietzinger Friedhof (Gruppe 27, Nummer 12) in Wien; Es wird bis als ehrenhalber gewidmetes Grab der Stadt Wien geführt.

Das Schicksal Engelbert Dollfuß' ist im Wiener Heeresgeschichtlichen Museum (Saal VII – „Republik und Diktatur“) ausführlich dokumentiert.

Im Gemeindegebiet von Texingtal befindet sich seit 1998 in seinem Geburtshaus das Dollfuß-Museum, das mit Unterstützung des ÖVP-Bauernbundes, der Niederösterreichischen Landesregierung und der Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler eingerichtet und von Landeshauptmann Erwin Pröll eröffnet wurde. Neben dem Eingang wird Dollfuß auf einer Tafel als „Erneuerer Österreichs“ bezeichnet. In der Nachbarstadt Mank befindet sich der einzige heute noch so genannte Dr.-Dollfuß-Platz.

In der Pfarrkirche von Sankt Jakob in Deferegggen in Osttirol ist Dollfuß, gemeinsam mit Kaiser Karl I. sowie den Heimwehrführern Ernst Rüdiger Starhemberg und Emil Fey den Gekreuzigten anbetend, auf einem 1934 / 1935 gemalten Kuppelfresco von Johann Baptist Oberkofler zu sehen.

Zu den weiteren Gedenkstätten zählt die St.-Engelbert-Kirche, Dr.-Dollfuß-Gedenkstätte an der Hohen Wand in Niederösterreich.

## **Literatur**

Bußhoff, Heinrich: Das Dollfuß-Regime in Österreich. Berlin 1968.

Dollfuss, Eva: Mein Vater – Hitlers erstes Opfer. Wien 1994.

Eichstädt, Ulrich: Von Dollfuß zu Hitler – Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933–1938. Wiesbaden 1955.

Kindermann, Gottfried-Karl: Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehresieg von 1934. Hamburg 1984.

Miller, James William: Engelbert Dollfuss als Agrarfachmann. Wien 1989.

Reichhold, L.: Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933-38. 1985.

Schausberger, Franz: Letzte Chance für die Demokratie. Wien 1993.

Shephard, Gordon: Engelbert Dollfuss. Graz u.a. 1961.

## Katholische Österreichische Studentenverbindung

### GOTHIA

#### im Mittelschüler-Kartell-Verband

**Adresse** 1040 Wien, Fleischmannngasse 8/1

**erreichbar mit** U1 / Taubstummengasse  
1, 62, WLB / Mayerhofgasse

**Internet** [www.gothiawien.at](http://www.gothiawien.at)  
[www.facebook.com/gothiawien](https://www.facebook.com/gothiawien)  
[www.twitter.com/gothiawien](https://www.twitter.com/gothiawien)

**e-mail** [gothiawien@gmail.com](mailto:gothiawien@gmail.com)



### COULEUR

Gothia ist eine nicht-schlagende Korporation und für Mittelschüler und Maturanten offen. Als Verbindung pflegen wir spezifische couleurstudentische Eigenheiten, die manchmal schwer verständlich sind. Nicht jeder findet Verbindungen sympathisch. Aber jeder bekommt die Möglichkeit, in einer Probezeit uns und unsere Gepflogenheiten kennen zu lernen.

### NETZWERK

Gothia bildet ein funktionierendes Netzwerk unterschiedlichster Persönlichkeiten und Berufsgruppen. Mediziner, Juristen und Wirtschaftstreibende gehören ebenso zu uns wie Professoren, Techniker oder Kulturwissenschaftler. Wir alle profitieren voneinander, fordern und fördern uns gegenseitig. Wir ermuntern jeden Einzelnen zu Leistung und Verantwortung. Gothia ist als Mitglied im Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV) Teil eines österreichweiten Zusammenschlusses von nahezu 20.000 Schülern und Schulabsolventen. Dem MKV gehören Personen aus Bereichen des öffentlichen, wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen und politischen Lebens an; ebenso wie Menschen wie Du und ich.

### BILDUNG

Zugang zu Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Für Schüler und Maturanten bietet Gothia daher eine Reihe von einschlägigen Veranstaltungen an. Diese reichen von Vorträgen über Diskussionen bis hin zu Exkursionen. Mit diesen Bildungsangeboten soll jedem die Chance geboten werden, über den eigenen Horizont hinauszuwachsen.

Soft skills werden durch Aufgabenverteilung innerhalb der Verbindung trainiert: Etwa durch Übernahme von Funktionen oder durch Planung und Durchführung von Veranstaltungen. Solche Zusatzqualifikationen sind heutzutage überall ein Vorteil. Zusätzlich dazu bietet unser Dachverband, der Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV), in seinen Bildungsprogrammen hochkarätige Seminare und Workshops an.

### HEIMAT

Unsere Heimat und die darin lebenden Menschen sind uns wichtig. Als Österreicher in einem vereinten Europa wissen wir um die Wichtigkeit einer selbst mitgestalteten Umwelt. Als Ergänzung zur Globalisierung wollen wir unsere Heimat formen und dieses unser Land positiv in den bestehenden weltweiten Verflechtungen positionieren.

### WERTE

Gothia und ihre Mitglieder orientieren sich an katholischen Werten. Denn diese bieten einen Leitfaden für Mitmenschlichkeit und soziales Handeln. Als katholische Laienorganisation regen wir an zum Nachdenken über Gott und die Welt. Im Sinne der Ökumene steht Gothia dem Zusammenleben unterschiedlicher Religionen und Kulturen positiv gegenüber. Abgelehnt werden hingegen extremistische Ausrichtungen jeglicher Art.

### FREIZEIT

Gothia bietet einiges: Unterstützung und Rückhalt, Spaß und Unterhaltung, Abwechslung und inhaltliche Themen. Als Anlaufstelle und Ort unserer Veranstaltungen dienen unsere eigenen Räumlichkeiten. Ausgestattet mit allem notwendigen Equipment, steht sie allen Gothen zur Verfügung; auch abseits offizieller Verbindungs-Termine. Mit unserer Bude haben wir einen Ort geschaffen, der gleichermaßen als Begegnungsstätte, als Erholungsraum und zur Gestaltung der Freizeit dient.